

„Schaffen wir das?“

Empirische Daten zur interkulturellen und interreligiösen Toleranz der Europäer und der Deutschen

Matthias Sellmann, Bochum

In einem für die Disziplin grundlegenden Beitrag hat Karl Rahner der Pastoraltheologie die Aufgabe zugeschrieben, Gegenwartsanalysen vorzulegen, die die planerische Selbstbestimmung der Kirche in die Zukunft hinein rationalisieren.¹ Da eben nicht geoffenbart sei, wie Praxis zu deuten ist, bedarf es der methodisch kontrollierten Zufuhr nicht-geoffenbarten, eben: empirischen Wissens. Ausgerüstet mit Empirie können jene Deutungen vorgenommen und zu Strategien konkretisiert werden, auf die niemand verzichten kann, der Freiheit auch als ihren tätigen und verantworteten Vollzug versteht. Will Kirche sein, was sie sein soll, bedarf sie solchen Wissens einer, wie Rahner es in den frühen Jahren seiner Befassung mit Pastoraltheologie markiert, existentialen Kosmologie.

Ohne Frage soll Kirche für ihre jeweilige gesellschaftliche Situation eine Trägerin von Versöhnungs- und Dialogkraft sein – und dies je deutlicher, je fremder die Bewohner einander werden. Damit sie auch hier sein kann, was sie sein soll, muss nüchtern identifiziert werden, was es hieße, so zu werden. Hierzu braucht es empirisches Wissen. Wie stellt sich die Datenlage dar, fragt man nach der interkulturellen und interreligiösen Toleranz der Deutschen beziehungsweise der Europäer? Ist das sogenannte ‚Christliche Abendland‘, das bestimmte Kräfte gerade wegen seiner religiösen Markierung vor nicht-christlichen Einflüssen zu schützen versuchen², auch ein ‚Jüdi-

¹ Vgl. Karl Rahner, „Die praktische Theologie im Ganzen der theologischen Disziplinen“, in: ders., *Schriften zur Theologie VIII*, Benzinger Verlag, Einsiedeln/Zürich/Köln 1967, S. 133–149 (aufgenommen in: *Sämtliche Werke*, Bd. 19, Herder, Freiburg i. Br. 1995, S. 503–515).

² Gemeint ist die PEGIDA-Bewegung. Vgl. jetzt: Alexander Yendell, Oliver Decker, Elmar Brähler, „Wer unterstützt PEGIDA und was erklärt die Zustimmung zu den Zielen der Bewegung“, in: *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechts-extreme Einstellung in Deutschland*, hg. von Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler, Psychosozial Verlag, Gießen 2016, S. 137–152. Sowie: Thorsten

ches Abendland⁴, insofern als es die berühmte identitätsstiftende Formel aus der „Bibel in der Bibel“, dem Kern des Heiligkeitsgesetzes im Buch Levitikus³ in Politik und Versprechen umsetzt? Und gibt es Erkenntnisse darüber, ob die christliche Konfession einen Unterschied ausmacht in Sachen Fremdenfreundlichkeit und humaner Nachbarschaftlichkeit?

Man muss nicht lange darüber streiten, dass die Antwortsuche auf solche Fragen einen Paradefall der rahnerschen Aufgabenbestimmung für eine praktische Theologie darstellt. Schließlich hat er in vollem Maß gesehen, was mit einer auf Offenbarung gepolten Theologie geschieht, wenn sie erkennt, dass für ihre Handlungsempfehlungen genau jene Offenbarungserkenntnis zwar notwendig, aber nicht hinreichend ist. Diese Umstellung des Spiels, diese Neuzuweisung einer nicht eingeübten Rolle kann für Theologie und Kirche „unheimlich“⁴ sein, weil Manipulation, Vorläufigkeit und Interessenpolitik in die Theologie einziehen. Aus der Komfortzone des autopoietisch und damit kontrollierbar gewonnenen exegetischen, historischen und dogmatischen Eigenwissens kommt man in die offenen kontingenten Niederungen empirischer Datenfelder.

Und diese Flanke ist gegenwärtig weit geöffnet für gesicherte Unkenntnis, Datenmanipulation und trendhaftes Schwanken von Meinungen, wenn es um das Thema der interkulturellen Beziehungen geht. Europa erlebt im Angesicht einer Migrations- und Fluchtwelle nicht gekannten Ausmaßes eine historische Bewährungsprobe seines eigenen normativen Projektes. Und dies wirkt sich aus in allem, was Sozialforschung fassen kann. Wer im Augenblick behauptet, er könne mehr als Momentaufnahmen zum Zustand der interkulturellen Toleranz der europäischen Aufnahmeländer liefern, der behauptet viel. Als zu groß muss vor allem die symbolpolitische Durchdringung der einzelnen Bevölkerungen an-

Mense, Frank Schubert, Gregor Wiedemann, „Von ‚besorgten Bürgern‘ zu Widerstandskämpfern? – PEGIDA und die neue Rechte“, in: ebd., 179–200.

³ „Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen.“

⁴ Karl Rahner, „Zur theologischen Problematik einer ‚Pastoralkonstitution‘“, in: ders., *Schriften zur Theologie VIII*, Benzinger Verlag, Einsiedeln/Zürich/Köln 1967, S. 613–636, hier: S. 629 (aufgenommen in: *Sämtliche Werke*, Bd. 21/2, Herder, Freiburg i. Br. 2013, S. 904–922).

gesehen werden, als dass man als Forscher/in im Moment genauer wissen könnte, was wirklich gedacht wird. Pointierter: Wo ein Papst als erste Auslandsreise seines Pontifikates die Insel Lampedusa besucht, um seine Solidarität mit den Geflüchteten zu erklären; wo das „Wir schaffen das“ der deutschen Kanzlerin die Oppositionen zusammenführt, die Koalition der christlich-demokratischen Schwesterparteien aber zu zerreißen droht; wo ein so traditionell katholisch geprägtes Land wie Polen äußert, gerade wegen seiner christlichen Kultur könne es nur christlich bekennende Geflüchtete aufnehmen; wo sich ein Bamberger Erzbischof Hasstiraden der AfD im Web gegenüberstellt, weil er sich auch einen Bundespräsidenten muslimischen Glaubens vorstellen könne; und wo ein Kölner Dompropst die Beleuchtung des Doms verweigert, wenn islamfeindliche Kräfte an ihm vorbeiziehen wollen – da zeigt sich die enorme Emotionalisierung des Forschungsfeldes genauso wie seine zutiefst religionsspezifische Prägung. Ganz offenbar ist das religiöse Bekenntnis nicht nur ein wichtiger Auslösefaktor der interkulturellen Großkrise, sondern auch Teil der Schwierigkeit wie der Fantasie des Krisenmanagements.⁵

Die Empirie schillert, wenn Großereignisse wie der Flüchtlingssandrang die Hysterie-Mechanismen moderner Medien in Gang setzen. Statistiken zum Thema Migration, Toleranz und ‚Populismus‘ sind in der unmittelbaren Zeit nach dem Wahlsieg Donald Trumps – und in diese Zeit fällt die Abfassung dieses Beitrages – hochgradig interpretationsbedürftig.

Der folgende Beitrag beansprucht daher ebenfalls nicht mehr zu sein als das Angebot einer Momentaufnahme. Seine Dienstleistung ist die Lieferung aktueller empirischer Daten zur Lage der interkulturellen und interreligiösen Toleranz der Deutschen; dies wird ergänzt durch einige Seitenblicke auf die umliegenden europäischen Nationen. Im Einzelnen werden vorgestellt:

- Einige aktuelle Zahlen zu Flucht und religiöser Pluralisierung in Deutschland und Europa (1.)
- Einige Beobachtungen zur politischen Polarisierung Europas in Form des Anstiegs populistischer Parteien und Persönlichkeiten (2.)

⁵ Beachte, dass alle genannten Beispiele auf christlich-religiöse Akteure abheben.

- Die Ergebnisse einer Umfrageserie zu rechtsextremen Einstellungsmustern und ihren Implikationen des Antisemitismus, Antisemitismus und Antiziganismus (3.)
- Ein kurzer Blick auf jugendsoziologische Ergebnisse zum Thema (4.)
- Die Ergebnisse politologischer Milieuforschung zu Entwicklungen der ‚Mitte‘ in Deutschland (5.).

1. Das Szenario: Zahlen zu Flucht und religiöser Pluralisierung in Deutschland und Europa

Die Zahl der in Deutschland gestellten Anträge steigt seit 2007/2008 erkennbar an, nachdem sie bis in die Mitte der 1990er Jahre zurückging. Ein Höchstwert wird 2016 erreicht: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zählte zwischen Januar und September 2016 657.855 Erst- und Folgeanträge auf Asyl. Im ganzen Jahr 2015 waren es 476.649 Menschen. Zum Vergleich: Im Jahr 2008 waren es etwa 30.000 Anträge. Zu beachten ist, dass die reale Zahl geflüchteter Menschen in Deutschland noch höher sein wird, da diese Zahlen den Zwischenzeitraum zwischen Ankunft in Deutschland und der Abfassung des Asylantrages nicht erfassen. So registriert die offizielle Aufnahmesoftware EASY von Januar bis Dezember 2015 etwa 1,1 Mio Zugänge von Asylsuchenden.⁶ Die meisten Antragsteller, etwa 3/4 kamen 2015 aus Syrien, Afghanistan und Irak. Hiernach sind Iran, Pakistan, Eritrea, Albanien, Kosovo, Mazedonien und Serbien die dominanten Fluchtländer. Etwa 2/3 dieser 1,1 Mio Menschen sind männlich, und etwa 70 % sind unter 30 Jahre alt.⁷

Insgesamt hatten in Deutschland im Jahr 2015 etwa rund 17,1 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Das sind mit mehr als 20 % der Gesamtbevölkerung, mehr als je zuvor.⁸

⁶ In dieser Zahl sind allerdings Doppel- und Fehlregistrierungen enthalten.

⁷ Die Zahlen sind dem Informationsangebot der Bundeszentrale für politische Bildung entnommen. Vgl. unter <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/flucht/218788/zahlen-zu-asyl-in-deutschland> (11.11.2016).

⁸ So die Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 16.9.2016: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/09/PD16_327_122.html (11.11.2016)

Weitet man die Perspektive auf den europäischen Raum, so lebten am 1. Januar 2015 34,3 Millionen Menschen in einem EU-Mitgliedstaat, die außerhalb der EU-28 geboren wurden, und 18,5 Millionen Menschen, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat als ihrem Wohnsitzmitgliedstaat geboren wurden. „In absoluten Zahlen betrachtet hielten sich am 1. Januar 2015 die meisten Nichtstaatsangehörigen, die in den EU-Mitgliedstaaten lebten, in Deutschland (7,5 Millionen), dem Vereinigten Königreich (5,4 Millionen), Italien (5,0 Millionen), Spanien (4,5 Millionen) und Frankreich (4,4 Millionen) auf. Auf diese fünf Mitgliedstaaten zusammen entfiel somit ein Anteil von 76 % aller in den EU-Mitgliedstaaten lebenden Nichtstaatsangehörigen, während der Anteil dieser fünf Mitgliedstaaten an der Gesamtbevölkerung der EU 63 % betrug.“⁹ Rechnet man allerdings für das Jahr 2015 die Zahl der Asylbewerber auf die Bevölkerungszahl um, so können Ungarn und Österreich sowie die skandinavischen Länder Schweden, Finnland und Norwegen als die aufnahmewilligsten Länder gelten.¹⁰ Ein Seitenblick auf die globale Lage bringt die wichtige Erkenntnis, dass die Hauptaufnahmeländer gerade nicht die europäischen Nationen sind. Wie die Büroleiterin des Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Katrin Hirseland, jüngst publizierte, findet der „weitaus größte Teil der Flüchtlinge (...) Zuflucht in armen Regionen, deren ökonomische und soziale Rahmenbedingungen für die Unterstützung einer großen Zahl von Flüchtlingen sehr viel schlechter sind als die der Industriestaaten.“¹¹

Als migrationspolitische Hauptthemen gelten gemäß dem Politikbericht der Deutschen Nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) aus dem Jahr 2015 „Willkommensinitiativen und Unterstützungsnetzwerke für Schutzsuchende, Übergriffe auf und fremdenfeindliche Stimmungsmache gegen Schutzsuchende und ihre Unterkünfte, Migranten und Muslime,

⁹ Vgl. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Migration_and_migrant_population_statistics/de#Statistiken_zu_Wanderungsstr.C3.B6men_und_Migrantenbev.C3.B6lkerung (Stand: 11.11.2016).

¹⁰ Vgl. <https://www.proasyl.de/thema/fakten-zahlen-argumente/> (11.11.2016).

¹¹ Katrin Hirseland, „Flucht und Asyl: Aktuelle Zahlen und Entwicklungen“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25 (2015), S. 17–25. So kam allein der Libanon im Jahr 2014 auf 257 Geflüchtete pro 1.000 Einwohner; vgl. ebd., 18. Zum Vergleich: Deutschland käme für 2014 auf den Wert von 2,5; vgl. ebd., 20.

Grenzkontrollen, Grenzsicherung, Grenzschießung und Obergrenzen, Verschärfung des Asylrechts für einzelne Herkunftsgruppen und Erleichterungen für andere sowie die Integration von Schutzsuchenden in die deutsche Gesellschaft. (...) [Außerdem, MS] nimmt der Bericht auch Bezug auf Maßnahmen, die die Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung des Gesamtansatzes für Migration und Mobilität, der EU-Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie der Europäischen Agenda zur Integration von Drittstaatsangehörigen getroffen hat.¹²

Was sich hier in nüchterner Amtssprache ausdrückt, hat in der populären Debatte ganz andere Schlagworte. „Festung Europa“, „Kollaps des Dublin-Systems“, „Massengrab Mittelmeer“, „Sackgasse Balkanroute“, der „Dschungel von Calais“, der „Türkei-Deal“, die „Austrocknung der Schlepperwege“, „das Wegducken potenzieller Aufnahmeländer“ usw. Stellvertretend für viele brandmarkte die außen- und menschenrechtspolitische Sprecherin der Grünen im Europäischen Parlament Barbara Lochbihler im Wochenblatt DIE ZEIT die europäische Migrationspolitik als „Schande“: Europa sei dabei, sein humanistisches Erbe zu verspielen.¹³

Genau dies ist natürlich die Frage: Wer definiert, was das normative Erbe Europas ist? Und selbst, wenn man im Label ‚humanistisch‘ übereinkommt – wie kommt man auch zu dem Konsens, über welche politischen Maßnahmen man diesem Ideal entspricht? Blickt man auf den unübersehbaren Erfolg sogenannter populistischer Parteien in Europa, kann man kaum anders als zu dem Schluss kommen, dass die Ängste vor kultureller Überfremdung schlicht als groß zu kennzeichnen sind.

¹² <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Politikberichte/emn-politikbericht-2015-germany.html> ; vgl. den ganzen Bericht unter http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Politikberichte/emn-politikbericht-2015-germany.pdf;jsessionid=D8267BCC6A37357114FC08F9A7996DB0.1_cid359?__blob=publicationFile (11.11.2016).

¹³ Barbara Lochbihler, „Wie Europa sein humanistisches Erbe verspielt. Das Mittelmeer wird erneut zum Massengrab für Tausende Flüchtlinge. Die Politik aber schweigt und baut Europa weiter zur Festung aus. Eine Schande!“ in: *Die Zeit* vom 5.6.2016 online im www unter <http://www.zeit.de/politik/2016-06/fluechtlinge-europa-humanismus-fluechtlingspolitik-menschenrechte> (11.11.2016); vgl. auch die Jahreschronik von PRO ASYL unter <https://www.proasyl.de/hintergrund/schlaglichter2015/> (11.11.2016).

2. Der rechte Flügel im ‚Christlichen Haus Europa‘: Der unübersehbare Aufstieg der sog. „Rechtspopulisten“

Nicht erst seit dem klaren Wahlsieg des Republikaners Donald Trump bei der US-Präsidentenwahl 2016 ist klar: Populistische Politik kann auf ansteigende Wählerzustimmung hoffen. Bedient man die typischen Merkmale, die in der Politikwissenschaft die Bezeichnung ‚populistisch‘ rechtfertigen, erzielt man, betrachtet man die einschlägigen Entwicklungen in verschiedenen Ländern, deutliche Erfolge. „Populismus zeichnet sich durch folgende Merkmale aus: Berufung auf den *common sense*, Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Antipolitik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung der Politik.“¹⁴ Unterschieden wird in Identitäts- und Protestpopulismus: Der erste Typ mobilisiert Wählerloyalität auf ein bestimmtes, als Unterdrückung kommuniziertes Mono-Thema hin: Großbauten, industrielle Modernisierungen, Steuergesetze u. a. Der zweite, wesentlich überlebensfähigere Typ, baut in eine positiv ausformulierte Identitätsidee – des Volkes, der Nation, der Tradition, des Blutes usw. – eine Bedrohung durch „Andere“ ein, die „die Identität“ vorgeblich unterwandern, verwässern, diskriminieren usw.¹⁵

Einzelne prominente politikwissenschaftliche Stimmen weisen darauf hin, dass auch die unabwiesbaren Wahlerfolge solcher oft radikal antidemokratischen Populisten im Sinne von Demokratie zu deuten sind: „Der Erfolg dieses Politikers zeigt, dass es offenbar viele Bürger gibt, die das Repräsentationsangebot dieser Akteure für überzeugend halten. Wir können nicht automatisch davon ausgehen, dass alle Wähler populistischer Parteien auch antipluralistische Einstellungen haben – auch wenn es dafür aufgrund politikwissenschaftlicher Untersuchungen einige Anzeichen gibt. Vielmehr sollte man prinzipiell akzeptieren, dass die Politikangebote von Populisten auch legitime Anliegen von Bürgern abdecken.“¹⁶

Ohne Frage kann auch für Europa ein Voranschreiten rechts-

¹⁴ Karin Priester, „Wesensmerkmale des Populismus“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5–6 (2012), S. 2–8, hier: S. 4. Vgl. das ganze Heft zum Thema.

¹⁵ Vgl. ebd., 6 f.

¹⁶ So jüngst aus Princeton Jan-Werner Müller, „Populismus. Symptom einer Krise der politischen Repräsentation?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40–42

populistischer Wahlerfolge beobachtet werden. Und folgt man dem eben dargebotenen Zitat, lässt dies Rückschlüsse auf Wahrnehmungen, Bedarfe und Politikbereitschaften der europäischen Bevölkerungen zu, die in deutlicher Abwertung interkulturellen Zusammenlebens bestehen.

Wie ein Symbol kann etwa der Zusammenschluss von sieben populistischen Parteien zu einer gemeinsam kampagnenfähigen Fraktion im Europaparlament nach der Wahl von 2014 bewertet werden. Das Bündnis heißt „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF) und bestand bei ihrer Gründung aus folgenden Parteien: Front National (Frankreich), Freiheitliche Partei Österreichs, Lega Nord (Italien), Vlaams Blok/Vlaams Belang (Belgien), Partij voor de Vrijheid (Niederlande), Kongres Nowej Prawicy (Polen) und Partidul Conservator (Rumänien).¹⁷

Die Erfolge bei der Europawahl sind mehr als ansehnlich und lassen keineswegs das Bild von nationalen Splitterparteien zu. Auch schließen sich weitere Abgeordnete an – z. B. Janise Atkinson von der britischen United Kingdom Independence Party (UKIP) – bzw. sympathisieren offen mit deren Anliegen. Dieser Befund verstärkt sich, nimmt man die jeweils nationalen Wahlergebnisse hinzu. So wählten 24,8 % die Front National und ihre bekannte Protagonistin Marine Le Pen in das Europaparlament; in Österreich kam die FPÖ auf annähernd 20 %; die Partei des ebenfalls sehr bekannten Geert Wilders – dem Nachfolger der Lijst Pim Fortuyn – kam auf 13 % und das Rechtsbündnis Rumäniens sogar auf 37,6 %.¹⁸ Das Bündnis umfasst 39 Abgeordnete und ist damit klein. Bedeutend ist aber die Tatsache des europaweiten Zusammenschlusses unter der Vorsitzenden Le Pen. Eine wichtige einigende Klammer dieses Bündnisses ist ihr Anti-Islamismus.

Für Deutschland ist der bemerkenswerte Aufstieg der „Alternative für Deutschland“ (AfD) zu nennen. Ihr Europaabgeordneter

(2016), S. 24–29, hier: S. 28; vgl. das ganze Themenheft zur Krise der demokratischen Repräsentation.

¹⁷ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/europaparlament-sieben-rechte-parteien-gruenden-neue-fraktion-a-1039089.html> (24.11.2016). Eine Zusammenfassung (allerdings vor der Wahl 2014) bietet www.bpb.de/politik/extremismus/rechts-extremismus/41224/europas-rechtsparteien-auf-dem-vormarsch

¹⁸ Zahlen unter www.Nsd.uib.no/european_election_database/election_types/ep_elections/iindex.html (24.11.16).

Marcus Pretzell ist inzwischen ebenfalls Mitglied der ENF. Aus dem Stand, also im Zuge ihrer ersten Beteiligung an Wahlen, kam die AfD bekanntlich in bestimmten Landesparlamenten wie Mecklenburg-Vorpommern (20,8 %), Baden-Württemberg (15,1 %) oder Sachsen-Anhalt (24,3 %) auf sehr hohe Zustimmungswerte.¹⁹

3. Die Ergebnisse einer Umfrageserie zu rechtsextremen Einstellungsmustern und ihren Implikationen des Antisemitismus, Antiislamismus und Antiziganismus

Eine bedeutende, wenn auch nicht unumstrittene Empirie zum Thema liegt in den Leipziger „Mitte-Studien“ vor. Hierbei handelt es sich um ein Forschungspanel, das bereits seit 2002 durch die Universität Leipzig durchgeführt wird. Alle zwei Jahre veröffentlicht die einschlägige Arbeitsgruppe ihre Repräsentativerhebungen zu rechtsextremen Einstellungsmustern in Deutschland. Damit ist eine Datenreihe verfügbar, die die jüngste Entwicklung in den Blick zu nehmen erlaubt.²⁰

Sicher ist erklärungsbedürftig, warum die Forscher zwar repräsentativ alle Segmente der deutschen Wohnbevölkerung beforschen, in Studienreihe und Buchtitel aber von der „Mitte“ sprechen. Definiert wird sie wie folgt: „Wir beschreiben sie [die Mitte, MS] hier eher als normbildende Mehrheit einer Gesellschaft, als jenen Großteil in einer Gesellschaft, der maßgeblich an der politischen und demokratischen Willensbildung beteiligt ist oder sein kann. (...) Aus

¹⁹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/320946/umfrage/ergebnisse-der-afd-bei-den-landtagswahlen/> (24.11.16).

²⁰ Alle Studien sind gelistet in O. Decker, J. Kiess, E. Brähler, *Die enthemmte Mitte*, 245 f. Zur Geschichte der Reihe vgl. ebd., 14–19; zur Anlage der Studie 2016 vgl. ebd., 23–28. Die „Mitte“-Studien sind nicht unumstritten – was angesichts ihres Themas auch wenig verwundert. Bestritten wird weniger die Messung von Werten als die zugrundeliegende These, der Rechtsextremismus gehe mehr von der Mitte als von den extremen Rändern aus; vgl. zur Einordnung nur die kritische Position von Viola Nue, Sabine Pokorny, „Ist ‚die Mitte‘ (rechts)-extremistisch?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40 (2015), S. 3–8. Für diesen Beitrag ist weniger diese Frage entscheidend als vielmehr die Möglichkeit, einen deutlichen Einstellungswandel seit 2006 mit der gegebenen Zeitreihe der Leipziger Studien dokumentieren zu können.

jahrelangen Studien wissen wir, dass sich die Mehrheit der Deutschen selbst als Mitte bezeichnen, wenn es etwa um ihre politischen Ausrichtungen geht.²¹ Eine solche als stabil und als kollektiv akzeptiert empfundene Mitte ist ein Kennzeichen der Nachkriegsgesellschaft in Deutschland und wird langläufig als eine ihrer Haupterrungenschaften kultureller, aber auch ökonomischer und politischer Stabilität angesehen.²² Die deutsche Mitte – sicher auch Inbegriff von preußischer Obrigkeitsmentalität und spießbürgerlicher Grundbehaglichkeit, andererseits aber auch Garant für solide demokratische Grundwerte und politische Kontinuität. Allerdings: Schon seit längerer Zeit wird soziologisch berichtet, dass in dieses Bild deutliche Differenzierungen einzutragen sind. So beobachtet der Lebensweltforscher Carsten Wippermann, dass das große und ausgleichende Milieu der „Bürgerlichen Mitte“ seit einigen Jahren unter deutlichen Distinktionsdruck geraten ist, der durch verstärkte Signale der Abgrenzung gegenüber der unteren Mitte und der Unterschicht ausagiert wird. Unsicherheitsängste, Überforderungserleben und Bedrohungsgefühle nehmen signifikant zu und führen zum Zweifel an dem für die bundesdeutsche Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten prägenden Narrativ der „Normalität“ und des „Aufstiegs der Fleißigen“. Es kommt insgesamt zu einer Gabelung (Bifurkation), Pluralisierung und auch Schrumpfung der ‚Mitte‘.²³

Diese neue Fragilität wird durch den Zustrom von Flüchtlingen in erheblicher Weise herausgefordert. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler – ohnehin in zahlreichen Veröffentlichungen ein Analytiker der soziodemografischen, aber auch der geopolitischen

²¹ Andreas Zick, Anna Klein: „Fragile Zustände“, in: *Fragile Mitte – Feinselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*, hg. von Andreas Zick und Anna Klein, Dietz, Bonn 2014, S. 12–23, hier: S. 16.

²² Verwiesen sei nur auf den sog. „Mittelstand“ als Arbeitsplatzfaktor und Wirtschaftsmotor Nummer 1 in Deutschland; auf die im europäischen Vergleich sehr unspektakulären Aushandlungsroutinen von Lohntarifen; oder auf die ebenfalls im internationalen Vergleich wirklich seltenen Regierungskrisen aufgrund sehr vorhersehbarer Wahlverhaltens. Gerade als Label fungierte lange Jahrzehnte die von Helmut Schelsky analysierte „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ Deutschland; vgl. Helmut Schelsky, „Gesellschaftlicher Wandel“, in: ders., *Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*, Goldmann, Düsseldorf/Köln 1965, S. 337–351.

²³ Vgl. Carsten Wippermann, *Milieus in Bewegung. Werte, Sinn, Religion und Ästhetik in Deutschland*, Echter, Würzburg 2011, S. 28–41.

Mitte Deutschlands – hat jüngst eine kurze Historie dieser Überforderung entwickelt.²⁴ Nach Münkler waren es europäische Prozesse, die zur innenpolitischen Krise geführt haben: Den Anfang machten die Bankenkrise und die Organisation der Rettungsschirme, die vor allem für die südeuropäischen Länder zu zahlen waren – hier konnte das Signal nach innen nicht vermieden werden, dass Deutschland weiterhin wegen seiner Kriegsvorgänge verwundbar war und die alte eher diskrete Zahlmeister-Europas in eine unpopuläre Kombination als Zahl- und Zuchtmeisterrolle einzutauschen hatte. Hier nach folgte die Krim-Krise, die erstmals offenbarte, dass Deutschland zwar eine Führungsrolle spielt, ihr aber im Konfliktfall von den europäischen Nachbarn nicht gefolgt wird. Beide Effekte: Gefühlte Zahlungsüberforderung und eine Führungsverpflichtung ohne effektive Kampagnenfähigkeit kennzeichneten dann die dritte Europa-Krise, die der massenhaften Zuwanderung ab dem Sommer 2015. Vor die Wahl gestellt, die Grenzen zu schließen und damit den Schengen-Raum zu opfern sowie die brüchigen Regierungen der Balkan-Länder zum Stauraum hunderttausender von Migranten zu machen, oder die Grenzen gegen das Dublin-III-Abkommen zu öffnen, sprach Kanzlerin Merkel ihr bekanntes „Wir schaffen das!“ und ließ den Zustrom zu.

Dies stieß zunächst auf eine positive Stimmung im Land. Als sich aber ab Herbst 2015 zeigte, dass eine gesamteuropäische Lösung den nationalen Agenden geopfert werden würde; als der Zustrom gefühlt und real immer mehr answoll; als die ehrenamtlichen Kräfte erschöpft waren; als die konservativen Kräfte Obergrenzen forderten; vor allem aber, als die Silvesternacht in Köln zum Symbol für die Unterschiedlichkeit und sogar Gefährlichkeit des interkulturellen Zusammenlebens stilisiert werden konnte – da kippte die Mitte von einer humanitären Liberalität in eine offenere Konfliktbereitschaft.

Dieser Wandel ist deutlich in den Zahlen der 2016er-Studie ablesbar. Neben der Momentaufnahme der Erhebung sind allerdings bestimmte Strömungen zu beachten, die ein differenziertes Urteil erlauben.

Zunächst aber zu den Zahlen. Der Leipziger Fragebogen ermittelt eine potenzielle rechtsextreme Einstellung über folgende Dimensio-

²⁴ Vgl. Herfried Münkler, „Die Mitte und die Flüchtlingskrise: Über Humanität, Geopolitik und die innenpolitischen Folgen der Aufnahmeentscheidung“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 14–15 (2016), S. 3–8.

nen: Befürwortung einer rechtsextremen Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Jede dieser Dimensionen fußt auf 3 Items, die in einer Range von 1 („lehne voll und ganz ab“) bis 5 („stimme voll und ganz zu“) beantwortet werden kann.²⁵ Ergänzend werden weitere Skalen verwendet, unter anderem auch die zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zur Wahrnehmung von Muslimen, Sinti und Roma, Flüchtlingen und Homosexuellen. Die Stichprobenziehung entspricht den gängigen Standards der statistischen Repräsentativität.

Hier interessieren nicht die im engeren Sinne auf Rechtsextremismus abhebenden Ergebnisse, wohl aber ihre Implikationen zur Interkulturalität. Diese zeigen ein ernüchterndes Bild:²⁶ Mehr als 25 % aller Deutschen findet, man solle bei Arbeitsplatzmangel die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken. Fast ein Drittel im Westen und fast 40 % im Osten Deutschlands unterstellen Ausländern, nur den Sozialstaat auszunutzen. Jeder Dritte sieht die Bundesrepublik in gefährlichem Maß überfremdet.

Sehr ähnlich im Ost/West-Maßstab fallen die Antworten in der Dimension ‚Antisemitismus‘ aus. Jeweils etwa 10 % sehen „auch heute noch“ einen zu großen Einfluss der Juden; diese arbeiteten mehr als andere „mit üblen Tricks“, seien schlicht eigentümlich und „passen nicht so recht zu uns“. Gut 12 % der Deutschen finden, man sei als Deutscher „anderen Völkern von Natur aus überlegen“.

Insgesamt können in Gesamtdeutschland über 20 % als ausländerfeindlich und 4,8 % als antisemitisch gelten. Bezogen auf die Kirchenzugehörigkeit ergibt sich keine Differenzierung in Sachen Rechtsextremismus, übrigens ebenso wie bei einer Gewerkschaftszugehörigkeit. Katholiken sind sogar leicht überrepräsentiert in den Dimensionen „Ausländerfeindlichkeit“ mit 22,7 % und Antisemitismus mit 5,5 %.²⁷

Geht der Blick in Richtung Anti-Islamismus und Anti-Ziganismus, so sind die Ergebnisse der Skalen zur gruppenbezogenen Men-

²⁵ Der Fragebogen mit 18 Items ist nachlesbar bei O. Decker, J. Kiess, E. Brähler, *Die enthemmte Mitte*, 30 f.

²⁶ Vgl. zum Folgenden ebd. 31–36. Die Zahlen addieren jeweils, wer mit den Werten „stimme voll zu“ bzw. „stimme überwiegend zu“ geantwortet hat.

²⁷ Ebd., 42.

schenfeindlichkeit zu konsultieren. Der von der Gruppe um Wilhelm Heitmeyer erarbeitete Fragebogen misst die Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen.²⁸ Hier ergeben sich folgende einschlägige Werte:²⁹ Das Statement „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ wird 2009 von 21,4 % der Deutschen befürwortet. 2016 sind es 41,4 %. Im Jahr 2009 fühlen sich 32,2 % der Deutschen wegen der vielen Muslime „manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“. Der Wert liegt 2016 bei 50 %. 80,9 % befürworten, dass der Staat Asylanträge nicht zu großzügig prüfen solle und fast 60 % bestreiten, dass Asylbewerber sich zu Recht zuhause verfolgt fühlen können. Sinti und Roma sollten gemäß fast 50 % der Deutschen „aus den Innenstädten verbannt werden“; dass sie zur Kriminalität neigen, empfinden 58,5 %; und die Aussage „Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten“ bejahen 57,8 %. Alle Werte zum Antiziganismus steigen seit 2011 an.

Nur zum Vergleich: Noch im Jahr 2013 berichtete der Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung von einer sehr ausgeprägten interreligiösen Toleranzbereitschaft der Deutschen. Fast 85 % aller Deutschen bejahten damals das Statement „Man sollte allen Religionen gegenüber offen sein.“³⁰ Auch wenn man damals schon lesen konnte, dass 19 % der Deutschen das Judentum und mehr als 50 % den Islam als Bedrohung wahrnahmen, war der Tenor doch deutlich entspannter als 2016. Die kritische Wahrnehmung führte nicht zu einer Steigerung des Bedürfnisses nach Selbstbehauptung.

Dies hat sich geändert. Die Leipziger Studie von 2016 berichtet von einer anwachsenden Gewaltbereitschaft in den sogenannten vorurteilsgebundenen und autoritären Milieus. Hier stieg die Item-

²⁸ Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände – Folge 10*, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2012.

²⁹ Vgl. O. Decker, J. Kiess, E. Brähler, *Die enthemmte Mitte*, 49 f. Hier wird vierskalig gearbeitet, es gibt keinen Mittelwert „teils, teils“. Die beiden zustimmenden Werte werden addiert. Als Methode werden hier Telefoninterviews durchgeführt, während bei der Erhebung rechtsextremer Einstellungen face-to-face-Befragungen angewendet werden.

³⁰ *Religionsmonitor 2013. Verstehen, was verbindet. Religion und Zusammenhalt in Deutschland*, hg. von Detlef Pollack und Olaf Müller, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2013, S. 37.

Ladung auf „Gewalt wird akzeptiert“ von 31,8 % (2006) auf 50,7 % (2016).³¹

Dieser letzte Wert führt die Auflösung des Gesamtbildes eine Differenzierungsstufe weiter und gelangt sowohl zu qualitativeren Aussagen wie zur Identifikation bestimmter Gesamttrends. Bevor dies abschließend referiert wird, erfolgt noch ein rascher Blick auf aktuelle jugendsoziologische Daten.

4. Gestiegenes Toleranzempfinden – Ergebnisse der Shell-Jugendstudie 2015

Die bekannte Shell-Jugendstudie ging 2015 in die 17. Erhebung und markierte eine „pragmatische Generation im Aufbruch“.³² Beforscht wurden im Zeitraum von Januar bis Anfang März 2015 insgesamt 2.558 Jugendliche zwischen 12 und 25 Jahren. Der Zeitpunkt scheint in dieser Frage doch sehr wichtig zu notieren, liegt er doch vor der gesellschaftsweit hochemotionalisierten Debatte um Zuwanderung und Flüchtlingspolitik.

In Bezug auf eine interkulturelle und interreligiöse Toleranz gilt: „Aktuell lehnen Jugendliche deutlich weniger häufig bestimmte Gruppen ab, als dies noch in den letzten Shell Jugendstudien der Fall gewesen ist.“³³ Vorbehalte gegenüber türkischen Familien in der Nachbarschaft fielen von 27 % (2010) auf 20 %, gegenüber Russlanddeutschen von 26 % (2010) auf 17 %; etwa gleichbleibend mit 11 % liegt der Wert afrikanischen Familien gegenüber. Ostdeutsche Jugendliche sind deutlich signifikanter ausländerскеptisch als ihre westdeutschen Altersgenossen. Die Gegnerschaft zur Zuwanderung hat von 58 % (2006) zu aktuell 37 % deutlich abgenommen. Dass Deutschland mehr Flüchtlinge als bisher aufnehmen solle, befürworteten 15 % (2006: 5 %; 2010: 8 %). Die Studie markiert, dass sich im Vergleich mehr junge Leute für die weitere Aufnahme von Flüchtlin-

³¹ Vgl. Oliver Decker, Elmar Brähler, „Ein Jahrzehnt der Politisierung: Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016“, in: *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*, hg. von Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler, Psychosozial Verlag, Gießen 2016, S. 95–136, hier: S.109.

³² Vgl. *Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch*, hg. v. der Shell Deutschland Holding, Fischer, Frankfurt am Main 2015.

³³ Vgl. ebd., 183. Zum Ganzen vgl. ebd., 183–191 und 201–235.

gen aussprechen – im Sinne einer humanitären Geste – als für strukturell auf dem Arbeitsmarkt wirksame Zuwanderung von Migranten.³⁴ Hier greifen durchaus Ängste vor Überfremdung und auch vor einer unterstellten Ausbeutung sozialstaatlicher Leistungen. Die Angstwerte vor Zuwanderung und Ausländerfeindlichkeit sind gegenüber 2010 (27 % bzw. 40 %) gestiegen auf 29 % bzw. 48 %. Immerhin fast jeder zweite gibt damit an, vor ausländerfeindlichen Kräften Angst zu verspüren.³⁵ 62 % äußern sogar Angst vor einem Krieg in Europa (2010: 44 %).³⁶ Bedeutsam erscheint in diesem Zusammenhang der Anstieg des Nationalgefühls und die Ausbildung einer herkunftsstolzen Identität als Deutsche/r: 68 % betonen, dass Deutschland ein wichtiger Akteur in der Welt sei; 62 % sind stolz, Deutsche/r zu sein; dass Deutschland ein Vorbild für andere Länder ist, markieren sogar 67 % der befragten Nichtdeutschen.³⁷ Immerhin 37 % der jungen Leute sehen sich identitär in erster Linie als Europäer.³⁸

Die Shell-Studie hat auch die nicht-deutschen jungen Leute nach ihren Diskriminierungserfahrungen befragt. 18 % fühlen sich oft, weitere 49 % ab und zu wegen ihrer Nationalität benachteiligt.³⁹ Ein auf den ersten Blick also irritierendes Bild: Während insgesamt die Jugend entspannter auf Diversität reagiert, fühlen sich nicht-deutsche Jüngere häufiger diskriminiert.

Dieser Befund leitet über in differenzierte Betrachtungen, die qualitativer vorgehen. So ergibt eine Kreuzung der Einstellungskriterien mit der politischen Selbstverortung der Jugendlichen ein klares Signal. Auf die Frage, wo man sich in den Lagern von links nach rechts selbst einschätzt, antwortet die Mehrheit weiterhin mit einer leichten Verschiebung nach links. Es zeigt sich aber insgesamt eine stärkere Tendenz zu polaren Positionierungen: Die Verortung in der ‚Mitte‘ sinkt von 29 % (2010) auf 26 %; die in klar ‚links‘ steigt von 9 % (2010) auf 12 %; die in klar ‚rechts‘ sinkt leicht von 4 % (2010) auf 3 %, und verharrt bei ‚eher rechts‘ bei einem Wert um

³⁴ Ebd., 187.

³⁵ Ebd., 203.

³⁶ Ebd., 202.

³⁷ Ebd., 225.

³⁸ Ebd., 219.

³⁹ Ebd., 188 f. Bezogen auf ihre Religion äußern dies 2 % bzw. 8 %.

14 % herum. Keine Position nehmen 20 % ein; 2010 waren das nur 14 %.⁴⁰ Die eher oder klar rechtsgerichteten jungen Leute gehen in klare Statements: Zusammengenommen 46 % sind mit der Demokratie als solcher unzufrieden⁴¹; sie sind erheblich ausländerfeindlicher und lehnen auch in der ‚eher rechts‘-Positionierung zu mehr als 30 % türkische Nachbarn und zu mehr als 50 % die weitere Aufnahme Geflüchteter ab.⁴²

Es scheint, also lohne gerade beim Thema der interkulturellen Toleranz eine genauere Sondierung gemäß der qualitativen Differenzierung in ostdeutsch/westdeutsch und links bzw. rechts.

5. Die Ergebnisse politologischer Milieuforschung zu Entwicklungen der ‚Mitte‘ in Deutschland

Eines der wichtigsten Instrumente für eine nicht ausschließlich quantifizierende und homogenisierende Einstellungsforschung ist die analytische Rekonstruktion von sogenannten Milieus. Damit sind Ähnlichkeitsmuster in tiefsitzenden sozialpsychologischen Dispositionen gemeint, die sich durch ähnliche Figuren öffentlich artikulieren: Meinungen gehören dazu, aber auch alltagsästhetische Strategien oder Habitusformen. Die Milieuforschung negiert daher die ihrer Analyse nach überzogene radikale Individualisierungstheorie, dergemäß es nur noch Wahlakte der Subjekte gäbe und kaum noch überlieferte Einbettungen in vorbewusste kollektive Konstellationen, kaum noch meinungsbildende ‚Wir-Gefühle‘ und kaum noch aktivierbare Gruppen-Ideale.⁴³

⁴⁰ Ebd., 167 ff.

⁴¹ Ebd. 175 f.

⁴² Ebd., 185 f.

⁴³ Vgl. zum Ganzen Stefan Hradil, „Soziale Milieus – Eine praxisorientierte Forschungsperspektive“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44/45 (2006), S. 3–10. Die Milieuforschung hat in der jüngsten Pastoraltheologie eine wichtige Aufmerksamkeit bekommen; vgl. nur Michael N. Ebertz, Hans-Georg Hunstig (Hg.), *Hinaus ins Weite – Gehversuche einer milieusensiblen Kirche*, Echter, Würzburg 2008; Matthias Sellmann, *Zuhören – austauschen – vorschlagen. Entdeckungen pastoraltheologischer Milieuforschung*, Echter, Würzburg 2012; Matthias Sellmann, Caroline Wolanski (Hg.), *Milieusensible Pastoral. Praxiserfahrungen aus kirchlichen Organisationen*, Echter Würzburg 2013.

In der bereits einschlägig herangezogenen „Leipzig-Studie“ 2016 werden solche Milieuerkenntnisse vorgelegt.⁴⁴ Sechs Milieuformationen können diskret voneinander abgehoben werden, wenn man die Datenreihen in drei Ausprägungsdimensionen aufrechnet und somit zu Typisierungen kommt. Diese sind: Politische Einstellung (u. a. Befragungen zur Ausländerfeindlichkeit oder zum Chauvinismus); Handlungsbereitschaft (u. a. Befragungen zur Gewaltbereitschaft); Legitimation des politischen Systems (u. a. Befragungen zum Institutionsvertrauen).⁴⁵

Die sechs Milieus unterteilen sich in ‚demokratische Milieus‘, ‚antidemokratisch-autoritäre Milieus‘ und ein ‚vorurteilsgebundenes Milieu mit relativer Akzeptanz des bestehenden Systems‘. Es ergibt sich folgende Abbildung:⁴⁶

Politische Milieus in Deutschland 2006 und 2016 (Stärke in %)

	2006 (N=4.872)	2016 (N=2.420)
demokratische Milieus		
Modernes Milieu	23,3	30,6
Konformes Milieu	13,6	29,3
vorurteilsgebundenes Milieu mit relativer Akzeptanz des bestehenden Systems		
Ressentimentgeladenes Milieu	21,5	14,1
antidemokratisch-autoritäre Milieus		
Latent antisemitisch-autoritäres Milieu	17,5	8,4
Ethnozentrisch-autoritäres Milieu	12,8	10,3
Rebellisch-autoritäres Milieu	11,4	7,3

⁴⁴ Vgl. zum Folgenden Oliver Decker, Elmar Brähler, „Ein Jahrzehnt der Politisierung: Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016“, in: *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*, hg. von Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler, Psychosozial Verlag, Gießen 2016, S. 95–136.

⁴⁵ Vgl. ebd., 101 ff.

⁴⁶ Ebd., 104.

Wenn starke Vorurteile, signifikant höhere Aggressionsbereitschaft als der bundesdeutsche Durchschnitt und besonders geringes Institutionsvertrauen vorliegen, wurde dies unter dem Label „antidemokratisch-autoritär“ eingruppiert. Die Unterschiedlichkeit untereinander besteht zum Beispiel in der Kombination aus hoher Ausländerfeindlichkeit und Anti-Semitismus mit geringer Zustimmung zum Rechts extremismus im „latent antisemitisch-autoritären Milieu“ oder in der Verbindung von hoher Gruppenfeindschaft, aber keinem manifesten Antisemitismus im „ethnozentrisch-autoritären Milieu“.⁴⁷

Die genauen Einzelheiten können hier nicht detailliert geboten werden. Für die Gesamtschau ist wichtiger, was die Zeitreihenbeobachtung seit 2006 ergibt. Hier zeigt sich deutlich, was sich als Gesamttrend in der bundesrepublikanischen Gesellschaft festzuhalten lohnt: eine voranschreitende Polarisierung. Lagen die sechs genannten Milieus im Jahr 2006 doch deutlich in einer Mittellage beieinander, zeigt das Bild für 2016 eine enorme Spreizung und eine Erosion der Mittellage. Die Milieus beobachten einander und akzentuieren sich aneinander. So wird die Ablehnung von Gewalt in Milieu 1 und 2 genauso vehementer betont wie die entsprechende Zustimmung etwa in Milieu 5 und 6.⁴⁸

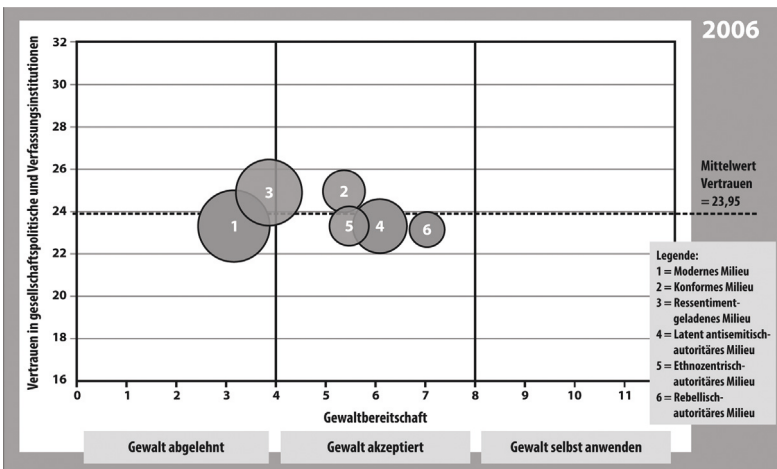


Abbildung 1: Gewaltbereitschaft und Legitimation des politischen Systems 2006

⁴⁷ Vgl. die genauen Milieuprofile ebd., 110–133.

⁴⁸ Vgl. ebd., 106 f.

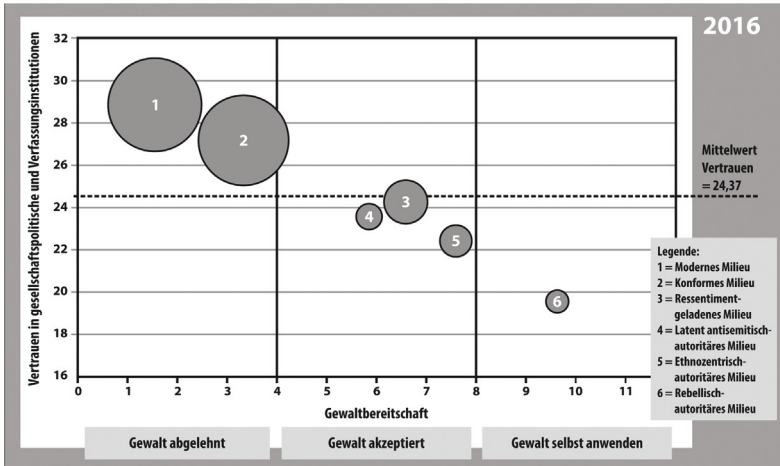


Abbildung 2: Gewaltbereitschaft und Legitimation des politischen Systems 2016

Als umfassende Polarisierungstrends hält die Studie fest:

Die Haltung zu Migranten ist der „Kristallisationspunkt, an dem sich demokratische und antidemokratische Milieus voneinander abgrenzen (...)“⁴⁹. Insgesamt ist die Ausländerfeindlichkeit gesunken und die Zugehörigkeit zu demokratischen Milieus gestiegen. Bestimmte Gruppen erfahren jedoch eine besondere Abwertung und eine geschärft skeptische Wahrnehmung (z. B. Asylbewerber, Muslime, Sinti und Roma). Paradoxe Weise erfolgt die Abqualifizierung dieser Gruppen oft im Namen eines Schutzes der liberalen Werte, der offenen Gesellschaft oder des Schutzes der Moderne, verbindet sich dann aber schnell mit Semantiken des Völkischen oder des Traditionalen, die als ebenso vormodern zu qualifizieren wären wie die beklagten. Sensibel zu beachten ist es, ob es im Zeitvergleich zu einer höheren Selbstbehauptungsbereitschaft kommt, wenn man Gruppennormen bedroht sieht. Der Rückgang des Legitimationsvertrauens in den nicht-demokratischen Milieus ist signifikant.

⁴⁹ Ebd., 134.